

sollen diese Ausschüsse in Zukunft in die Ermittlungstätigkeit der Sozialen Fürsorge, den Gesundheitsdienst, bei der Seuchenbekämpfung und in die Arbeit der Wirtschaftsämter eingeschaltet werden. Im VII. Verwaltungsbezirk zum Beispiel entscheidet der Kommunale Frauenausschuß über die Verteilung der Bezugscheine. Ein solcher Frauenausschuß kennt in seinem kleinen Gebiet die Einwohner ganz genau und Fehlentscheidungen werden leichter vermieden.

Diese 40 kleinen Blockausschüsse in den 22 Stadtbezirken arbeiten auch bei allen größeren Aktionen mit, wie z. B. der Volkssolidarität, dem 1. Mai usw. Den Stadtbezirksblockausschüssen stehen 4500 ehrenamtliche Helfer zur Verfügung, die aus den Lebensmittelkartenverteilern herausgebildet worden sind. Neben der Ausgabe der Lebensmittelkarten und der Kontrolle der Arbeitsbescheinigungen wirken sie mit bei Volkszählungen, Viehzählungen, landwirtschaftlichen statistischen Erhebungen, Ausgabe von Samenbezugscheinen für Kleingärtner und Brachlandbearbeiter, Ausgabe von Futterkarten für Kleintierhalter, Bewilligung von Fensterglas, bei der Wohnraumerhebung, bei sanitären Maßnahmen (Seuchen-, Rattenbekämpfung usw.).

Anfang Juni werden zu diesen 4500 ehrenamtlichen Helfern noch 27 000 Hausobleute nach einem in Ausarbeitung befindlichen Organisationsplan gewählt, so daß die Stadtverwaltung vom Oberbürgermeister bis hinunter ins einzelne Haus eine enge Verbindung herstellen kann.

Neben dem Blockausschuß arbeiten in den 22 Stadtbezirken Wohnungsausschüsse, die Wohnungsermittlungen, Beurteilungen und Vorschläge für die Verteilung durchführen. Besonders die Wohnungsausschüsse haben sich außerordentlich gut bewährt.

Ferner bestehen Brachlandausschüsse, die die Brachlandverteilung vornehmen. Der Erfolg dieser Ausschüsse war, daß zu den bereits im Vorjahr angebauten 250 Hektar Brachland dieses Jahr noch über 150 Hektar neu vergeben werden konnten. Alle Streitigkeiten, die aus der Brachlandaktion in nicht geringer Zahl entstehen, werden durch diese Ausschüsse bereinigt, ohne den langen Weg der Verwaltungsentscheidung oder des Gerichts in Anspruch nehmen zu müssen.

Für die Durchführung der laufenden großen Begrünungsaktion (Wiederherstellung der Parkanlagen und Pflanzung von 100 000 Bäumen), sind in jedem Stadtbezirk Begrünungsausschüsse geschaffen worden, die insbesondere die Berufsgärtner und Baumschulen zusammenfassen und als Hilfe für die Aktion mobilisieren.

In den sieben Verwaltungsbezirken bestehen neben dem Blockausschuß ein Gesundheitsausschuß und ein Ausschuß für die Begrünungsaktion. Gegenwärtig arbeiten wir daran den Frauenausschüssen in allen Verwaltungsbezirken die Verteilung der Bezugscheine zu übertragen und außer den Bezirksgesundheitsausschüssen in jedem Stadtbezirk Gesundheitsausschüsse einzurichten.

Eine Voraussetzung für die Mitarbeit dieser großen Zahl von ehrenamtlichen Helfern und Ausschüssen ist, daß ihnen:

1. Aufgaben zugewiesen werden, die sie tatsächlich verantwortlich erledigen können und daß man
2. ihre Beschlüsse sehr ernst nimmt und nur im äußersten Notfall ihre Entscheidungen ändert.

In der Stadt Dresden ist es ungeschriebenes Gesetz geworden, daß die Entscheidungen dieser unteren Blockausschüsse in 99 Prozent aller Fälle anerkannt und respektiert werden.

Diese Organisation der ehrenamtlichen Mitarbeit erfährt jetzt eine bedeutende Erweiterung. Als Oberbürgermeister habe ich dem Vorstand der Stadtverordneten vorgeschlagen, mit den Stadtverordneten darüber zu beraten, wie sie bei der Durchführung der Auftragsangelegenheit mithelfen können, und habe ihnen dazu ganz konkrete Vorschläge unterbreitet:

1. Eine eingehende Berichterstattung und Beratung über den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Anbau- und Ablieferungsplan für die Stadt Dresden. Die Mithilfe und die aktive Einschaltung der Stadtverordneten würde nicht nur eine wesentliche Erleichterung der Arbeiten der Verwaltung

bedeuten, sondern darüber hinaus ein größeres Verständnis bei den beteiligten Kreisen für die Durchführung dieser Pläne erzielen.

2. Die Einrichtung von Sprechstunden in jedem Stadtbezirk, an denen neben je einem Vertreter der Fraktionen auch der Stadtbezirksleiter und sein Stellvertreter teilnehmen. Obwohl die Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung meistens Auftragsangelegenheiten betreffen (Ernährung, Bezugscheine usw.), glaube ich, daß durch die Mithilfe der Stadtverordneten unter Teilnahme der zuständigen Angestellten des Stadtbezirks eine größere Anzahl von Fragen geklärt werden könnte, und daß auf der anderen Seite die Bevölkerung für die Maßnahmen, die unsere Angestellten durchführen müssen, Verständnis aufbringt. Später könnte man diese Sprechstunden auf die Verwaltungsbezirke und vielleicht auch auf die zentralen Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung ausdehnen.
3. Bei Auftragsangelegenheiten, die von entscheidender Bedeutung für die gesamte Bevölkerung sind, müßten Einwohnerversammlungen einberufen werden, die über die entscheidenden Fragen vor ihrer Durchführung beraten.

Die Stadtverordneten haben in ihrer Plenarsitzung die Vorschläge begrüßt und unter anderem beschlossen, in den 22 Stadtbezirken Sprechstunden durchzuführen. Alle zwei Wochen werden die Vertreter jeder Fraktion mit dem Leiter des Stadtbezirks und seinem Stellvertreter die Beschwerden der Bevölkerung entgegennehmen, Aufklärung herbeiführen und bei begründeten Beschwerden sofort Maßnahmen zur Abhilfe einleiten. Welche Vorteile versprechen wir uns davon?

1. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Selbstverwaltung wird wachsen, und wir werden im einzelnen Fall schneller und rascher helfen können.
2. Für die Verwaltung tritt eine wesentliche Arbeitsentlastung ein.
3. Die Stadtverordneten erhalten eine ausgezeichnete Schulung in der Beseitigung der Schwierigkeiten der Verwaltungsarbeit.
4. Die Stadtangestellten werden zur Gewissenhaftigkeit erzogen, weil ihre Arbeit unter der unmittelbaren Kontrolle der Öffentlichkeit vor sich geht.

Für die Zukunft ist beabsichtigt, diese Auskunftstage mit Stadtverordneten auch in den Verwaltungsbezirken und in den zentralen Dezernaten unter Heranziehung der leitenden Angestellten einzurichten.

Als weitere Maßnahme für die Zukunft besteht die Absicht, ehrenamtliche Mitarbeiter auch in den Betrieben zu gewinnen, die bei der Aufstellung und Durchführung des Wirtschaftsplanes und bei der Aufstellung und Durchführung des landwirtschaftlichen Anbauplanes mitarbeiten.

Ebenso wird für die Zukunft die ehrenamtliche Hilfe in Kindergärten und Kinderheimen einsetzen. Auch hier werden die unteren Ausschüsse und Helfer ehrenamtlich zur Kontrolle und zur Mitarbeit herangezogen.

Niemand soll nun glauben, daß die hier geschilderten Erfolge so einfach erreicht wurden. Es gab große Schwierigkeiten. Aber die Tatsache, daß wir die Schwierigkeiten immer zum Anlaß nahmen, unsere Arbeit zu verbessern, hat letzten Endes doch zum Erfolg geführt. Und wenn in vielen in- und ausländischen Zeitungen immer wieder der Stadt Dresden bestätigt wird, daß sie die Stadt sei, die verhältnismäßig am besten Ordnung geschaffen habe, dann ist dies nicht in erster Linie ein Verdienst der Verwaltung, sondern ein Verdienst dieser vielen Ausschüsse und der vielen Tausende ehrenamtlicher Mithelfer.

Diese Ausschüsse sind in einer solchen Vielfalt nur lebensfähig, wenn neben der Entscheidungsbefugnis auch die Durchführung der Beschlüsse in ihren Händen liegt, und wenn die Verwaltung sie ernst nimmt und ihre Beschlüsse respektiert. Das ist der fundamentalste Grundsatz. Ohne ihn ist jede solche Arbeit ein zweckloses Beginnen.

Walter Weidauer, Oberbürgermeister der Stadt Dresden